

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Enrico Komning, Dr. Heiko Hessenkemper,
Hansjörg Müller, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/30420 –**

**Holz für die heimische Bauwirtschaft – Die mittelständische Wirtschaft
wirklich schützen**

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, Festverträge der öffentlichen Hand mit mittelständischen Unternehmen des produzierenden Gewerbes insbesondere der Bauwirtschaft, um eine Preisgleitklausel für Rohstoffe zu ergänzen, bei bestehenden Festverträgen der öffentlichen Hand mit mittelständischen Unternehmen des produzierenden Gewerbes eine Verlängerung der Fristen für die Fertigstellung und für die Abgabe von Angeboten festzuschreiben, in Bezug auf die Verwendung von Fördermitteln eine Erweiterung der Genehmigung auszusprechen sowie die langfristige Erforschung von Substituten für kritische Baumaterialien, insbesondere für Holz, zu betreiben.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Wurden nicht erörtert.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/30420 abzulehnen.

Berlin, den 23. Juni 2021

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Bernd Westphal
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Bernd Westphal

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/30420** wurde in der 233. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. Juni 2021 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der AfD bemerkt, in den letzten Monaten sei es zu erheblichen Preisanstiegen und zu einer Verknappung des Angebotes an Baumaterialien, wie beispielsweise Holz, auf dem Weltmarkt gekommen. Zurückzuführen sei dies auf die USA und China, die derzeit die größten Importeure von Holz seien. Im Ergebnis bedeute dies, dass der deutsche Holzmarkt und somit die Wälder leergekauft worden seien, ohne dass Rücksicht auf die heimische Bauwirtschaft und Bevölkerung genommen werde.

Aus diesen Erwägungen heraus fordert die Fraktion die Bundesregierung auf:

1. Festverträge der öffentlichen Hand mit mittelständischen Unternehmen des produzierenden Gewerbes insbesondere der Bauwirtschaft, um eine Preisgleitklausel für Rohstoffe zu ergänzen, damit eine Existenz- und Insolvenzgefährdung der Unternehmen verhindert wird. Für neu abzuschließende Verträge und Vereinbarungen zwischen der öffentlichen Hand und dem produzierenden Gewerbe sollten Preisgleitklauseln als Standard festgeschrieben werden;
2. bei bestehenden Festverträgen der öffentlichen Hand mit mittelständischen Unternehmen des produzierenden Gewerbes eine Verlängerung der Fristen für die Fertigstellung und für die Abgabe von Angeboten festzuschreiben sowie in Bezug auf die Verwendung von Fördermitteln eine Erweiterung der Genehmigung auszusprechen, um eine wirtschaftliche Gefährdung der Unternehmen zu verhindern;
3. die langfristige Erforschung von Substituten für kritische Baumaterialien, insbesondere für Holz, zu betreiben, um mittelfristig eine Unabhängigkeit von Baumaterialien der Holzverarbeitenden Wirtschaft als Alternative für ähnliche Situationen zu erreichen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/30420 in seiner 84. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 19/30420 in seiner 162. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/30420 in seiner 147. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 19/30420 in seiner 90. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 19/30420 in seiner 82. Sitzung am 22. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 19/30420 in seiner 96. Sitzung am 22. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/30420 in seiner 124. Sitzung am 23. Juni 2021 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/30420 zu empfehlen.

Berlin, den 23. Juni 2021

Bernd Westphal
Berichterstatter